

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

130 (7.6.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3600 IV.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 8. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (48 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluss der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 130

Donnerstag, den 7. Juni 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

In Buggingen sind nun die 85 Todesopfer der Bergwerkstatastrophe sämtlich geborgen und größtenteils am Mittwoch bestattet worden.

In Hinteraichhalden, Kreis Oberndorf, hat der Landwirt Lamprecht seine korpulente Familie ums Leben gebracht, dadurch, daß er sein Haus anzündete, wobei die Frau und sieben Kinder verbrannten. Der Brandstifter und Mörder erhängte sich.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz tagte am Mittwoch wieder ergebnislos. Im Mittelpunkt der Beratungen stand eine französische Entschließung und eine formulierte Erklärung Barthous, die hauptsächlich französische und russische Sicherheitsforderungen berücksichtigt.

In Berlin wurde nach einem Besuche des Reichskanzlers die große Ausstellung „Deutsches Volk — Deutsche Arbeit“ geschlossen.

In einer von etwa 50 000 Volksgenossen besuchten gewaltigen Kundgebung in Gleiwitz sprach Dr. Göbbels gegen Miesmacher und Mederer. Dr. Göbbels wies darauf hin, daß man nur feststellen könne, daß etwas erreicht worden sei bei der Gegenüberstellung des Zustandes von damals, als die nationalsozialistische Regierung die Erbschaft der früheren Regierungen antrat, mit dem heutigen Zustand.

Der Finanzausschuß der Kammer hat die Kreditnachforderungen des französischen Luftfahrtministeriums in Höhe von 3 120 Mill. Francs angenommen.

In Wiesbaden ist die Gründung eines Ständigen Rates für internationale Zusammenarbeit der Komponisten vollzogen worden. Dr. Rich. Strauß wurde einstimmig zum Präsidenten gewählt.

Ab 1. Juli Zählung aller Kraftfahrzeuge

Berlin, 6. Juni. Der Reichsverkehrsminister gibt jetzt, wie das Rdz.-Büro meldet, sein an die nachgeordneten Behörden gerichtetes Rundschreiben über die Zählung der Kraftfahrzeuge im Jahre 1934 bekannt. Die Länder haben die Anweisungen der Zulassungsbehörden im Kraftfahrwesen und den Polizeibehörden zur Kenntnis gebracht. Es ergibt sich daraus, daß in diesem Jahre die Zählung der Kraftfahrzeuge am 1. Juli erfolgen soll und daß das Statistische Reichsamts demnach die nötigen Vorarbeiten an die in Frage kommenden Behörden verjenden soll. Es werden gezählt die zum Verkehr zugelassenen Kraftfahrzeuge und die vorübergehend abgemeldeten Kraftfahrzeuge.

Deutsch-niederländisches Abkommen unterzeichnet

Berlin, 6. Juni. Heute ist im Auswärtigen Amt das kurz vor Pfingsten in Haag vereinbarte Abkommen über den Warenverkehr zwischen Deutschland und Niederländisch-Indien unterzeichnet worden. Gleichzeitig wurde ein Vertrag zur Abänderung des deutsch-niederländischen Zoll- und Kreditvertrages vom 26. Dezember 1925 unterzeichnet, durch den der sogenannte Holland-Kredit um drei Jahre verlängert wird. Beide Verträge unterliegen noch der Ratifikation, jedoch wird das Abkommen über den Warenverkehr mit Niederländisch-Indien mit Wirkung vom 1. Juli 1934 ab vorläufig angewendet werden. Der Wortlaut des Abkommens wird demnächst im Reichsgesetzblatt gleichzeitig mit der Verordnung über die vorläufige Anwendung veröffentlicht.

Dr. Göbbels nach Warschau eingeladen

Berlin, 6. Juni. Im Namen der polnischen Intellektuellen-Union hat Professor Zielinski Reichsminister Dr. Göbbels zu einem Vortrag nach Warschau eingeladen. Reichsminister Dr. Göbbels wird dieser Einladung Folge leisten und in Warschau über die Ideologie des neuen Deutschlands sprechen. Dieser Vortrag findet voraussichtlich am Mittwoch, den 13. Juni 1934, in der Aula der Warschauer Universität statt. Der Besuch des Reichsministers in Warschau und Pratau wird sich auf den 13., 14. und 15. Juni erstrecken.

Bogoljubow gewinnt auch die 24. Partie im Schachweltmeisterschaftsstamp

DRB. Mannheim, 7. Juni. Die 24. Weltkampfpartei war wiederum ein Damengambit. Bogoljubow führte ein glänzendes Angriffsziel. Aljechin machte in gefährdeter Stellung einen Fehler, der Bogoljubows Vorteil unmittelbar verstärkte, jedoch der Weltmeister im 39. Zuge aufgeben mußte. Bogoljubow hat also bei den drei Mannheimer Partien 2 1/2 Punkte gewonnen. Mannheim ist überhaupt der einzige Kampfort, der Bogoljubow überlegen sah.

Der Gesamtstand des Weltmeisterschaftsstampfes ist 14:10 zugunsten von Dr. Aljechin.

Genfer Sitzung ergebnislos

Barthou begründet seinen Entwurf

Genf, 6. Juni. In der Mittwoch-Sitzung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz hat Außenminister Barthou den französischen Entschließungsentwurf zur Aussprache gestellt und ihn in längeren Ausführungen begründet.

In seiner formulierten Erklärung heißt es: Die Frage der Rückkehr Deutschlands belastet die Beratungen. Kein Land würde sich mehr als Frankreich beglückwünschen, wenn Deutschland zurückkehrte. Keine Tür ist geschlossen. In der Saatfrage hat Frankreich seinen guten Willen bewiesen, an einem internationalen Abkommen teilzunehmen, an dem Deutschland ebenfalls teil hat. Aber mehrere Vertreter haben die Meinung ausgedrückt, daß die Konferenz ohne Deutschland ihre Arbeiten nicht fortsetzen könne. Die französische Abordnung ist nicht dieser Ansicht. Im Hinblick auf diese Meinungsverschiedenheit erkläre ich, daß es möglich sein muß, auf einem Arbeitsprogramm bestehen zu bleiben, bei dem die Regierungen, die es für nötig halten sollten, die diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland fortsetzen können, damit es seinen Platz wieder einnimmt. Ich erinnere daran, daß ich gestern betont habe, daß man weder Bedingungen von Deutschland annehmen, noch ihm solche auferlegen darf. Die Tür muß offen bleiben; es ist nötig, daß Deutschland durch sie eintritt mit vollständiger Gleichheit der Rechte, und in dem es hier die Verantwortlichkeiten übernimmt, die dann gemeinsame sein werden. Die Abwesenheit Deutschlands ist kein Hindernis für die Fortsetzung der Arbeiten, aber die Abwesenheit Deutschlands würde den Arbeiten ihren wahren Charakter geben und würde es vielleicht ermöglichen, zu einer Lösung zu gelangen.

Frankreich hat mit Deutschland Noten ausgetauscht, die im Augenblick nicht zur Zuständigkeit der Konferenz gehören, aber es ist möglich, daß die Regierungen in der Lage sind, auf Deutschland einzuwirken, um es zu bitten, die Schwelle zu überschreiten. Frankreich habe nichts dagegen einzuwenden, und um diesen Regierungen ihre volle Freiheit vorzubehalten, ist in der Entschließung der Satz über die besonderen Verhandlungen eingefügt worden. Die Stellung Frankreichs habe sich bisher nicht geändert. Mehr habe er nicht sagen wollen. Zu dem Absatz über die Sicherheit erklärte Barthou, die französische Regierung habe dem System der Kontrolle stets eine große Bedeutung beigegeben und sich bemüht, die Prüfung der Frage der Auslieferungsgarantien zu fördern. Besondere Wichtigkeit habe der Punkt der Entschließung, der sich auf die Luftfahrt beziehe. Die Ausführung in der Luft sei ein besonders schwerwiegendes Problem der Wiederaufrüstung.

Im Anschluß an Barthous Rede hat Henderson beantragt, ein Redaktionsauschuß solle versuchen, bis zum nächsten Montag seinen Vorschlag und die Vorschläge Barthous auf einen Kenner zu bringen. Diesem Redaktionsauschuß sollten die drei Großmächte England, Frankreich und Italien, der Präsident und der Vizepräsident der Konferenz sowie der Berichterstatter Benech angehören. Barthou soll aber erklärt haben, daß er nicht so lange Zeit habe, und wahrscheinlich schon vorher aus Genf abreisen werde. Norman Davis soll dann eine Vertagung auf Freitag vorgeschlagen haben. Man hat noch im Präsidium darüber gesprochen, ob die Sitzungen wie bisher geheim oder aber öffentlich stattfinden sollen, wie es anscheinend dem französischen Wunsch entspricht.

Am 17.30 Uhr war die Sitzung des Präsidiums, die sehr ruhig und friedlich verlief, beendet. Eine Einigung ist jedoch wieder nicht erzielt worden. Die Beratungen des Präsidiums wurden auf Freitag vormittag vertagt. Ein Redaktionsauschuß zur Vereinfachung der Vorschläge Hendersons und Barthous wurde nicht eingesetzt. Bis Freitag sollen vielmehr weitere Ausgleicherhandlungen geführt werden, um zu einem gemeinsamen Arbeitsprogramm zu kommen. Ob das gelingt, ist eine andere Frage. Es wird aber offenbar noch versucht, das Leben der Konferenz — und wenn es sich auch nur noch in Ausschüssen fortsetzt — irgendwie zu erhalten. Wie weiter bekannt wird, soll der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz am Freitag nachmittag zusammentreten, wenn man am Freitag vormittag zu einer Einigung kommen sollte.

Der französische Entschließungsentwurf

Der französische Entschließungsentwurf lautet: Der Hauptauschuß zieht die Entschließungsentwürfe in Erwägung, mit denen er durch die Abordnungen der sechs Mächte, der Türkei und Sowjetrußland befaßt worden ist; ist von der Notwendigkeit überzeugt, die Konferenzarbeiten fortzusetzen mit dem Ziel, ein allgemeines Abkommen für die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen zu erreichen; ist entschlossen, unverzüglich die schon in Gang befindliche Vorarbeit weiterzuführen ohne Beeinträchtigung der besonderen Verhandlungen, die die Regierungen etwa zu führen wünschen, um den endgültigen Erfolg zu erleichtern.

In dem der Hauptauschuß die besondere Bedeutung einer schnellen Lösung gewisser seit Beginn der allgemeinen Aussprache vorgebrachten Fragen betont, fällt er die folgende Entschließung:

1. a) Da die Ergebnisse früherer Konferenzarbeiten schon seit einem Jahr in Europa den Abschluß gewisser regionaler Sicherheitsverträge ermöglicht haben, bittet der Hauptauschuß die politische Kommission, unverzüglich ihre Arbeiten wieder

aufzunehmen in einer Form, die sie für angemessen hält, um im Hinblick auf den Abschluß neuer Abkommen ähnlicher Art und schließlich ihre etwaigen Beziehungen mit dem Hauptauschuß festzulegen.

b) Der Hauptauschuß bittet andererseits die politische Kommission, die Bestimmungen über die Kontrolle, die schon angenommen sind, so weit wie möglich zu vervollständigen und bei der Prüfung der Ausführungsbürgschaften fortzufahren.

2. Der Hauptauschuß beauftragt sein Luftfahrtkomitee, unverzüglich die Bearbeitung der Fragen wieder aufzunehmen, die in seiner Entschließung vom 23. Juli 1932 unter der Rubrik 1 (Luftstreitkräfte) angeführt war. (Internationalisierung der Zivilluftfahrt, Abschaffung des Bombenwurfs, Verringerung der militärischen Luftstreitkräfte usw.)

3. Der Hauptauschuß bittet sein Sonderkomitee für die Fragen der Waffenfabrikation und des Waffenhandels, unverzüglich seine Arbeiten wieder aufzunehmen und unter dem Gesichtspunkt der Erklärungen des Vertreters der Vereinigten Staaten vom 30. Mai so schnell wie möglich über die Lösungen, die es vorschlägt, zu berichten.

Sobald der Hauptauschuß die dringenden Aufgaben geklärt hat, überläßt er dem Präsidenten der Konferenz die Sorge im geeigneten Augenblick die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit er sich, sobald das Präsidium den Hauptauschuß zusammennruft, soweit wie möglich vor einem vollständigen Entwurf für ein Abkommen befindet. Der Hauptauschuß bittet den Präsidenten, die Regierungen mit dem Vorschlag Somerjetschlands, die Konferenz unter dem Namen einer Friedenskonferenz in Permanenz zu erklären, zu befehlen.

Die englische Abordnung gegen den französischen Entschließungsentwurf

Genf, 6. Juni. Wie von gewöhnlich gut unterrichteter Seite verlautet, hält man den französischen Entschließungsentwurf, dessen Einzelheiten im übrigen noch geheimgehalten werden, in englischen Konferenzkreisen für unannehmbar. Auch der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, scheint dieses Dokument als wenig glücklich und erfolgversprechend zu beurteilen. Offenbar ist der französische Vorschlag sehr stark von der hier immer wieder sichtbar werdenden Unnachgiebigkeit Barthous beeinflusst. Der Sicherheitsgedanke liegt ganz im Vordergrund, während die Abrüstung nur eine sehr bescheidene Rolle spielen soll. Es heißt jetzt, das Barthou nur in seinen Begleitworten auf die Gleichberechtigungserklärung vom 11. Dezember 1932 anspielen werde und daß die Entschließung selbst nichts davon enthalte.

Belgien gegen neue Sicherheitspakte

Brüssel, 6. Juni. Außenminister Hymans, der am Montag vom König zum Vortrag über die außenpolitische Lage empfangen wurde, hat, wie auf Anfrage im Außenministerium mitgeteilt wird, sich bis jetzt noch nicht entschließen können, wieder persönlich zu den Beratungen der Abrüstungskonferenz nach Genf zurückzukehren.

Nach dem Genfer Berichterstatter der „Libre Belgique“ hat Belgien kein Interesse an neuen Sicherheitspakten, die sich auf den ganzen Kontinent erstrecken würden. Der Rheinpakt von Locarno hat bereits, so schreibt der Korrespondent des der Regierung nahestehenden Blattes, Belgien die einzigen Garantien, die für uns fehlen, gebracht. Die Lösung der Sicherheitsfrage bezieht für Belgien nicht im Abschluß neuer Pakte, sondern in der Valorisierung der bestehenden Abkommen.

Englische Stimmen zu den Genfer Vorgängen

London, 6. Juni. Die Berichte der Genfer Korrespondenten bezeugen übereinstimmend, daß die gestrigen Vorgänge im Büro der Abrüstungskonferenz und besonders der scharfe Zusammenstoß zwischen Henderson und Barthou die Stimmung noch düsterer gemacht hätten, soweit dies überhaupt noch möglich sei und daß jeder Versuch ein Kompromiß in der Abrüstungsfrage zu erzielen, durch das beharrliche Nein Barthous vereitelt werde.

Im Bericht des „Daily Herald“ heißt es: Die Lage, die am Montag entstanden war, wurde gestern verzweifelt. Die Stimmung scheint äußerst gereizt zu werden. In den Wandelgängen der Konferenz herrscht der bestimmte Eindruck, daß Barthou das Beste tut, um die Konferenz zu sprengen.

Der diplomatische Mitarbeiter des „News Chronicle“ sagt: Je eher die Vertreter Genf verlassen, desto besser wird es für die Sache des Friedens und der Abrüstung sein. Die gestrigen Vorgänge haben gezeigt, daß bei der jetzigen Lage ein Fortschritt unmöglich ist. Das Konferenzbüro tritt heute nur deshalb wieder zusammen, weil die Regierungen jögern, die Verantwortung für den Fehlschlag auf sich zu nehmen. Barthous Haltung hat bei der britischen Vertretung einen sehr schlechten Eindruck gemacht. Eine seiner Bemerkungen über die Garantiefrage kam geradezu darauf hinaus, daß britische Hilfe nicht nötig sei. Es ist jetzt völlig klar, daß Barthou nichts weiter wünscht, als seine Bündnisse.

Der deutsche Vertreter der „Times“ berichtet: So verworren die getragene Debatte auch aussehen mag, die wirkliche Streitfrage ist deutlich genug. Unter dem Lösungswort „Vor allem Sicherheit“ beabsichtigen Frankreich und Rußland ein System von Verteidigungsbündnissen, die auf Waffengewalt beruhen, gegen Deutschland aufzubauen. Dieses System nennen sie „Sicherheit“ und suchen den Segen des Völkerbundes dafür zu erlangen.

Bei ihrem Suchen nach Sicherheit haben die Franzosen die Forderung Großbritanniens als hoffnungsloses Unternehmen aufgegeben und sich in die Arme Rußlands geworfen. Vielleicht wissen sie nicht, daß die Anweisungen der britischen Vertretung die Erörterung praktischer Sicherheitsgarantien ohne vorherige Verständigung über Abrüstung zulassen würden, vorausgesetzt, daß Deutschland dabei vertreten ist.

Die französische Bewegung in Richtung auf Rußland entspricht durchaus der Politik, die in der Note vom 17. April bezeichnet wurde. Seit der Saarvereinbarung ist die Notwendigkeit dafür nicht mehr klar. Man darf annehmen, daß Litwinow nicht gerade von Eifer für die Interessen Frankreichs verzehrt wird. Die Sowjetregierung möchte eine französische Schwärze, und zwar wünschenswert eine starke Schwärze für ihre europäische Tür haben, während sie sich nach der Ostsee sendet. Aus diesem Grunde hat die kommunistische Propaganda in der französischen Armee aufgehört, seitdem Barthou und Litwinow sich über ihren Plan gegenseitigen Beistands geeinigt haben.

Barthou korrigiert sich.

DNB. Genf, 6. Juni. Heute abend wurde im Pressesaal des Völkerbundesgebäudes eine Fassung der Erklärung Barthous zur Stellung Barthous zur Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund verteilt, die nicht vom Völkerbundssekretariat ausgeht und die bedeutend länger ist als die, die im amtlichen Bericht der Informationsabteilung zu lesen war. Die offenbar auf Anordnung der französischen Abordnung nachträglich verteilte Fassung hat folgenden Wortlaut:

„Die Frage der Rückkehr Deutschlands in unseren Kreis laßt auf unseren Beratungen. Ich habe mich über diesen Punkt schon ausgesprochen. Ich wiederhole, daß kein Land sich je zu dieser Rückkehr mehr als Frankreich beglückwünschen würde. Keine Tür ist geschlossen. In der Saarfrage hat Frankreich seinen guten Willen gezeigt, an einem internationalen Abkommen teilzunehmen, an dem auch Deutschland beteiligt ist. Aber mehrere Abordnungen haben zu verstehen gegeben, daß die Konferenz ohne Deutschland ihre Arbeiten nicht fortsetzen kann. Ich bin nicht dieser Meinung. Angesichts dieser Meinungsverschiedenheit hat die französische Abordnung geglaubt, daß es möglich sein müsse, ein Programm für die sofortige Inangriffnahme der Arbeit aufzustellen, gegen welche die Regierungen, die das für richtig halten sollten, die Freiheit erhalten würden, bei der deutschen Regierung die diplomatischen Schritte zu tun, die nach ihrer Meinung diese Regierung dazu bringen könnten, ihren Platz in der Konferenz wieder einzunehmen.“

Auch dieser Teil der Erklärung enthält gegenüber dem amtlichen Bericht des Völkerbundssekretariats schon leichte Änderungen, vor allem aber fehlt der zweite Teil der dort enthaltenen Erklärung, in der von der vollen Gleichheit der Rechte die Rede ist und in der betont wird, daß die Rückkehr Deutschlands der Konferenz erst ihren wahren Charakter geben würde. Es ist bezeichnend, daß man auf französischer Seite Wert darauf gelegt hat, von diesem zweiten Teil der Erklärung, wie sie von der Informationsabteilung des Völkerbundssekretariats herausgegeben wurde, abzurufen. Es wird jetzt gesagt, daß dieser zweite Teil nicht zu der vorher formulierten Erklärung Barthous gehört habe, sondern von ihm nur frei zugefügt worden sei.

Jedenfalls soll, nach französischem Willen, die jetzt nachträglich veröffentlichte kürzere und sehr viel nüchternere Fassung als amtlicher Text gelten.

Barthou will am Freitag nach Paris zurückkehren

DNB. Paris, 6. Juni. Nach einer Meldung aus Genf beabsichtigt Außenminister Barthou am Freitag nach Paris zurückzukehren, sobald der allgemeine Abrüstungsausschuß seine Sitzung beendet hat. Am Montag wird Barthou den südflawischen Außenminister Tschitsch empfangen.

Mussolinis Dank an Mosfi

Rom, 6. Juni. Ministerpräsident Mussolini empfing am Montag vormittag den Vorsitzenden des Saarausschusses, Baron Mosfi. Er beglückwünschte ihn zu seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Saarausschusses, die eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich in dieser schwierigen Frage ermöglicht habe.

Gladys kämpft um die goldene Schleife

Roman von Hedda Lindner.

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W 62

(Nachdruck verboten)

Auch Stephan schweigt. Aber er sieht seine Frau an, als sähe er sie zum ersten Male.

Ein Schriken des Telefons zerreiht jäh die lebendige Stille, die um die beiden Menschen ist. Man hört die Stimme des alten Klaprodt, dann seine eiligen, schon etwas schlurfenden Schritte: „Herr Baron werden aus Berlin verlangt.“

Als Stephan vom Telefon zurückkommt, ist er ein ganz anderer als vorher. Sein Gesichtsausdruck ist unfrei, er zündet sich mit unruhigen fahigen Bewegungen eine Zigarette an, während er mit gespielter Ruhe wie beiläufig sagt: „Frau Bredede läßt dich grüßen, sie wird uns übermorgen auf einige Zeit besuchen, sie möchte die Hubertusjagd mitreiten.“

„Und Herr Bredede kommt nicht mit?“ fragte Gladys erstaunt, „er hat mir oft gesagt, wie gern er einmal eine ruhige Zeit auf dem Lande verleben möchte.“

„Gewiß, gewiß“, sagt Stephan hastig, „nur — er mußte plötzlich nach London, und gerade, damit sie nicht so allein ist, kommt Frau Bredede solange zu uns.“

Gladys spürt ein nagendes Unbehagen bei dieser Ankündigung. Sie schilt sich selbst darum, denn sie weiß nicht, daß es ihr durch die seelischen Leiden der letzten Monate geschärfter und verfeinerter Instinkt ist, der sich gegen Vilans Eindringen zur Wehr setzt. Sie fühlt nur, daß ihre ganze schöne Freude verfliegen ist und eine bleierne Mattigkeit ihr in den Gliedern liegt.

Mühsam erhebt sie sich. „Ich bin sehr müde, ich werde hinaufgehen. Gute Nacht, Stephan.“

„Gute Nacht, Gladys.“ Ein kühlender Blick streift sie, wie sie vor ihm steht, das Gesicht blaß und abgepannt, die

Schärfster Protest der Saarlouiser Stadtverordneten

DNB. Saarlouis, 6. Juni. Die Stadtverordneten von Saarlouis haben an den Präsidenten der Regierungskommission folgende Eingabe gerichtet:

Saarlouis, 6. Juni 1934.

An den Herrn Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes.

Der Präsident der Regierungskommission hat durch Verfügung vom 5. Juni 1934 unter Berufung auf Artikel 1 der Verordnung betr. die Ausübung der Polizeigewalt vom 20. Mai 1933 dem Bürgermeister der Stadt Saarlouis die Polizeiregulative entzogen und sie dem Landrat des Kreises Saarlouis übertragen.

Die in der Deutschen Front zusammengeschlossenen Stadtverordneten erheben gegen diese durch nichts begründete Maßnahme schärfsten Protest; denn sie erblicken in dieser Anordnung nicht nur eine Maßregelung des Bürgermeisters, sondern darüber hinaus eine Maßregelung und Diffamierung der gesamten Bevölkerung der Stadt Saarlouis. Ruhe, Ordnung und Sicherheit waren in keinem einzigen Moment in der Stadt Saarlouis gefährdet. Die Bürgerschaft war sich gerade mit Rücksicht auf die kommende Abstimmung ihrer besonderen Pflicht, Ruhe und Ordnung zu halten, zu jedem Zeitpunkt bewußt. Kleinere Vorfälle, wie sie immer wieder im täglichen Leben sich abspielen und die natürlich auch dann eine größere Anzahl Neugieriger anlocken, können unter keinen Umständen als Kundgebung, Demonstration und Provokation angesehen werden. Wir sind mit der gesamten Bürgerschaft darin einig, daß die Polizeiverwaltung Saarlouis und ihre Organe jederzeit die Lage beherrschen. Es ist nicht ein einziger Fall nachzuweisen, in dem die vorhandenen Polizeikräfte nicht genügt hätten oder aber, daß ihr Einsatz durch Verschulden der Polizeiverwaltung nicht rechtzeitig erfolgte. Wenn der Präsident der Regierungskommission allerdings glaubte, den Darstellungen einer kleinen Minderheit, die sich zum größten Teil aus Leuten mit fragwürdiger Vergangenheit und sehr zweifelhaftem Charakter zusammensetzt, mehr Gewicht beimessen zu müssen, als der Meinung der gesamten Bevölkerung, dann müssen wir gegen eine derartige verlesende Entscheidung den schärfsten Widerspruch erheben.

Wir verlangen von der Regierungskommission endlich Maßnahmen, die das Gros der Bevölkerung gegen das provokatorische Verhalten und Auftreten dieser Elemente schützt, und zwar Elemente, die zum größten Teil von den Steuergroßen der Bürgerschaft ernährt werden müssen. Wir haben gerade aus den letzten Vorkommnissen die Ueberzeugung gewonnen, daß man bewußt der Bevölkerung und auch der Polizeiverwaltung der Stadt Saarlouis stellen will, um die „Terrorakte“ zu schaffen, die für durchaus durchsichtige Zwecke benötigt werden.

Wir als die verantwortlichen, von der überwältigenden Mehrheit gewählten Vertreter der Bürgerschaft, erwarten von der Regierungskommission, daß sie ihre Erhebungen nicht nur bei Angehörigen der deutsch-feindlichen Gruppen anstellt, sondern daß sie auch einmal, um ein wirklich klares und einwandfreies Bild über die Vorkommnisse in der Stadt und das Verhalten der Bürgerschaft zu gewinnen, auch Angehörige der Deutschen Front zu Worte kommen läßt. Insbesondere aber legen wir Bewahrung dagegen ein, daß die Regierungskommission Maßnahmen von so einschneidender Bedeutung trifft, ohne den Leiter der Verwaltung oder die Mitglieder des beauftragten Kollegiums zunächst einmal selbst in dieser Sache gehört zu haben, um dadurch den wahren und wirklichen Sachverhalt kennen zu lernen.

Wir sind der Ueberzeugung, daß eine solche gewissenhafte Nachprüfung und eine gerechte Würdigung aller Vorgänge zu einer Aufhebung der Verfügung führen muß.

Im Brunnenschacht umgelommen

DNB. Dels, 6. Juni. Ein furchtbares Unglück ereignete sich in Rasche bei Dels. Bei dem Landwirt Mundrat sollte der Brunnen geschlämmt werden. Als der 45jährige Hermann Paul auf einer Leiter in den Brunnen stieg, versank er im Schlamm des Untergrundes bis auf die Knöchel. Er achtete zunächst nicht weiter darauf. Als er dann aber immer weiter versank, mußte er zu seinem Entsetzen feststellen, daß der Schlamm ihn festhielt und er sich nicht mehr herausarbeiten konnte. Er versank schließlich bis zum Leib. Die Feuerwehr, Sanitäter und andere Helfer bemühten sich stundenlang vergeblich, den Unglücklichen aus seiner furchtbaren Lage zu befreien. Nach etwa zwei Stunden starb der Bedauernswerte.

Augen erloschen. „Sie ist doch häßlich“, denkt er böse, als sie aus der Tür geht.

Lilian Bredede kam. Kam mit zwei Autos, Schaffören, Kammermädchen, kurz mit dem ganzen geräuschvollen Apparat, mit dem eine Diva, sei sie von der Bühne oder vom Parterre, sich in Szene setzt. Stephan hatte einen feierlichen Empfang angeordnet, und für die „Frau Gräfin“ eine Zimmerluft in Ordnung bringen lassen, als ob eine regierende Fürstin das Haus beehre. Als er das erstemal von der „Gräfin“ sprach, hatte Gladys befremdet aufgeschrien: „Sie heißt doch Frau Bredede“, sagte sie harmlos.

„Hm, ja — aber sie ist doch schließlich eine geborene Gräfin, da ist es doch höflicher, wenn man hier in ihrem Kreise ...“ er stotzte unter dem klaren Blick der fest auf ihn gerichteten dunklen Augen.

„Das heißt, Frau Bredede legt den Namen ihres Mannes ab, wie ein unbequemes Gewand, wenn sie auf Reisen ist, und holt dafür ihren keidsameren Mädchennamen hervor. Er treckt sich dieser „Schönheitsfäule“ auch auf das „bürgerliche“ Geld ihres Mannes?“ fragte Gladys mit lächelndem Spott.

„Jüngern war gereizt. (Wir sind immer gereizt, wenn der andere etwas sagt, was uns unbequem ist und nicht widerlegt werden kann.) „Für die Vorgänge eines alten Namens hätte ich gerade bei dir mehr Verständnis erwartet“, sagte er scharf. „Bei mir?“ wiederholte Gladys ahnungslos. Er drückte mit einer heftigen Bewegung seine Zigarette in den Wägenbecher. Wie sich doch die Weiber vorstellen können, alle zusammen — dachte er wütend, dann sagte er kühl: „Eine weitere Erörterung ist wohl überflüssig, du entschuldigst, der Inspektor wartet.“

Er ging und Gladys sah ihm kopfschüttelnd nach.

Hubertusjagd! Eine Autofahrt kann wundervoll sein, der erste Flug ist ein Erlebnis und doch — nichts gleicht dem Hochgefühl des Reiters hinter den Hund. Allerdings nur des guten Reiters; wer das Pferd lediglich als Mittel betrachtet, unerwünschter Fülle abzuhelfen oder Jagden reiten will, weil der rote Fied so „schick“ ist, der soll lieber im Auto hinter dem Felde herfahren.

Seine Leiche konnte geborgen werden. Der zähe Sandhalsmann hatte die Glieder des Unglücklichen eingeschmürt, sodaß die Blutkirkulation ins Stocken kam und ein Herzschlag eintrat.

Selbenmütter laufen Segelflugzeuge

DNB. Hirschberg (im Riesengebirge), 6. Juni. Anlässlich der Luftfahrtwoche wurden am Mittwoch abend auf dem Hirschberger Marktplatz, wo sich Tausende von Menschen eingefunden hatten, zwei Segelflugzeuge getauft. Die Weibeskunde erhielt besondere Bedeutung durch die Anwesenheit der Mütter des Kampfliegers Manfred von Richthofen und des Vorkämpfers für das Dritte Reich, Horst Wessel. Auf Veranlassung des Oberbürgermeisters waren auch zwei Hirschberger Mütter, deren Söhne für die Bewegung gefallen sind, und zwar Frau Gorintowski und Frau Leiche, eingeladen. Nach einem Marsch der Hirschberger Jägertruppe und der Begrüßungsansprache des Schwarmführers von Rostun, Frau von Richthofen und Frau Wessel die Segelflugzeuge, die die Namen „Kamerad“ und „Präsident Voerger“ erhielten. Mit dem Riede vom Guten Kameraden klang die Feierstunde aus.

Die belgische Regierung zurückgetreten

Brüssel, 6. Juni. Die Regierung Broqueville ist zurückgetreten. Der Rücktritt ist auf Grund der Abstimmungen in der Kammer erfolgt, bei denen die Regierung bei zwei Regierungsvorlagen in der Minderheit geblieben war. Es handelte sich um einen Entwurf zur Neuorganisation der Familienunterstützung und um eine Vorlage über die Grenzpolizei.

Die Krise in Brüssel. — Wiederbenennung de Broquevilles?

DNB. Brüssel, 6. Juni. Wie verlautet, wird Ministerpräsident Graf de Broqueville erst am Donnerstag vormittag dem König das Rücktrittsgesuch des Gesamtkabinetts überreichen. Der König ist aber bereits durch seinen Staatssekretär, der der Kabinettsitzung am Mittwoch beigewohnt hat, über die politischen Vorgänge des heutigen Tages unterrichtet worden. Es wird allgemein angenommen, daß der König den Rücktritt des Kabinetts annehmen wird. Keiner die weitere Entwicklung läßt sich im Augenblick noch nichts bestimmtes vorhersehen. Es besteht die Möglichkeit, daß der König den bisherigen Ministerpräsidenten, der ununterbrochen sein Vertrauen besitzt, wieder beauftragt wird. In diesem Falle ist es nicht ausgeschlossen, daß Graf de Broqueville die Gelegenheit benutzen wird, um bei der Neubildung den Forderungen der Wallonen, die seit dem Eintritt des flämischen Ministers Gaudelaert immer wieder einen „Ausgleich“ in der Zusammenlegung des Ministeriums gefordert haben, zu entsprechen, indem er einen weiteren Wallonen ins Kabinett aufnimmt. Verschiedentlich hört man auch die Auffassung, daß die Krise nicht einfach zu lösen sein wird. Man hat den Eindruck, daß schon seit längerer Zeit von gewissen liberal-nationalistischen Kreisen gegen das jetzige Kabinett, in dem die Flamen einen ziemlich bedeutenden Einfluß haben, und dessen Außenpolitik gewissen Kreisen nicht gefällt, intrigiert worden ist. Der Rücktritt des Kabinetts hat umso mehr überrascht, als die Regierung bei der Abstimmung über die Gesetzesvorlage, bei denen sie in der Minderheit geblieben ist, nicht die Vertrauensfrage gestellt hatte.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Sechs Todesurteile im Riewer Beamtenprozeß. Wie amtlich aus Riew gemeldet wird, wurde am Dienstag das Urteil in dem Prozeß gegen die betrügerischen Beamten gefällt. Es wurden verurteilt 6 Angeklagte zum Tode durch Erschießen, 8 Angeklagte zu je 10 Jahren, 3 zu je 5 Jahren, 3 zu je 3 Jahren und einer zu 2 Jahren Gefängnis. 9 Angeklagte erhielten je ein Jahr Zwangsarbeit.

Geschwaderfährt deutscher Uraulaufsicht nach dem Hardanger Fjord in Norwegen. 4500 Urlauber aus den Gauen Düsseldorf und Essen, Weser-Ems, Oldenburg und Südhannover, aus Thüringen und Hamburg sind von Bremervor aus zu einer Fahrt in die norwegischen Gewässer gestartet. Die Volksgenossen werden über das Stagerak-Schlachtfeld nach dem herrlichen Hardanger Fjord fahren.

Großfeuer in einem polnischen Dorf. Nachmittags ist in der Ortschaft Tarceje bei Nowo-Grodok in Kongreppoler ein Großfeuer ausgebrochen, durch das in kurzer Zeit 74 Gehöfte in Asche gelegt wurden.

In Hershagen ist der traditionelle Berjammungsort zur Hubertusjagd. Jahr für Jahr begrüßen sich die Reiter beim Jagdfrühstück in der festlich mit Tannengrün geschmückten Tenne des alten niedersächsischen Gasthauses. Jahr für Jahr spielt die Kapelle, die zur Feier des Tages mit hinausgezogen ist, ihre flotten Märsche — Stimmengewirr, Lachen, herzliche Begrüßungsworte, zwischen Gruppen von Büschen und Reitern, die sich bemühen, die unruhigen Pferde am Zügel zu halten. Die Tiere wissen ganz genau, was los ist und schnauben und scharren vor Jagdeifer und Aufregung. Auch die Pferde vom Hershagen sind da. Stephan reitet den schweren Fuchswallach „Sarras“, der schon so gut wie verkauft ist, und auf dieser Jagd nochmal seine Eignung zum Reitpferd beweisen soll, Gladys hat „Widu“ mitgenommen, und Lilian ...

Mit Lilian hatte es vorher noch eine kleine Auseinandersetzung gegeben.

Sie hatte den dringenden Wunsch — der mehr schon ein Befehl war — geäußert, „Goldlitte“ auf dieser Jagd zu reiten mit der Begründung, daß sie bei ihrer geringen Uebung sich nur einem anerkannt sicher springenden Pferd zu einer Parforcejagd anvertrauen könne. Und Stephan, wie immer, wenn sie bei ihm war, ihrem Einfluß fast bis zur Hörigkeit erliegend, war schwach genug, ihr nachzugeben. Wie die junge Baronin darüber dachte, war aus ihrem unbewegten Gesicht nicht zu erkennen, aber in den Ställen gab dieses Ansinnen beinahe Revolution. Lilian hatte sich in den wenigen Tagen ihrer Anwesenheit auf dem Hershagen reichlich unbeliebt gemacht, sie tut ja gerade, als ob sie hier die Gnädige wäre, und von Pferden versteht sie überhaupt nichts. Das letztere war wohl das Schlimmste, was man auf dem Hershagen sagen konnte. Und „die“ wollte „Goldlitte“ reiten, so einfach als Jagdpferd, und bloß aus Eitelkeit, weiter war es doch nichts. Der Bereiter Friß war kalkweiß vor Wut, als der Befehl kam, „Goldlitte“ zum Transport vorzubereiten.

(Fortsetzung folgt.)